

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
verehrte Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter,  
liebe Gäste,

natürlich unterstützen auch wir das Anliegen, unsere Vier-Tore-Stadt kulturell zu stärken und die Teilhabe der Menschen an Kultur und Kunst zu fördern – das ist keine Frage des Willens, sondern des konkreten Nutzens für die Stadtgesellschaft.

Die vorliegende Beschlussvorlage mit dem Titel „**Kunst in öffentlichen Räumen sichtbar machen**“ ist formal korrekt eingebracht worden. Der Antrag fordert, den Oberbürgermeister zu beauftragen, Maßnahmen zu prüfen und Vorschläge zu unterbreiten, wie Kunst in öffentlichen Gebäuden und Räumen sichtbar gemacht werden könne. Doch genau hier liegt das grundsätzliche Problem dieser Vorlage:

Bereits als Prüfauftrag ist die Vorlage inhaltsleer. Was soll konkret erreicht werden? Welche konkreten Maßnahmen sollen geprüft werden, jenseits der allgemein formulierten Feststellung, dass Kunst sichtbar gemacht werden könnte? Welche Orte, welche Zielgruppen, welches Zeitfenster, welche finanziellen oder organisatorischen Ressourcen sind damit verbunden? Diese Fragen bleiben unbeantwortet.

Der Antrag sagt im Kern lediglich: „Prüft mal.“ Das ist weniger ein politischer Auftrag, sondern vielmehr ein allgemeiner Hinweis, den wir bereits heute in unserer täglichen Arbeit in den Ausschüssen erleben: Verwaltung und Kulturausschuss prüfen kontinuierlich vielfältige kulturelle Initiativen – und zwar eigenständig und ohne politische Mikromanagement-Beschlüsse.

Ein Prüfauftrag ohne **Substanz, Zielrichtung oder klaren Auftragsrahmen** ist kein politischer Beschluss. Er fordert keine Entscheidung, er definiert keinen konkreten Handlungsbedarf und erschafft für die Verwaltung keinen umsetzungsfähigen Mandats- oder Ressourcenauftrag, der über das hinausgeht, was bereits heute üblich ist.

Zudem ist nicht ersichtlich, inwiefern dieser Antrag über bestehende, laufende Initiativen hinausreichen soll. Projekte zur Sichtbarmachung von Kunst – etwa durch Ausstellungen in öffentlichen Gebäuden oder Kooperationen mit lokalen Kulturträgern – werden ohnehin bereits im kulturellen Alltag realisiert, zum Beispiel durch die Arbeit der Kunstsammlung oder durch bürgerschaftliche Initiativen wie Street-Art-Projekte.

Ohne **messbare Ziele, klare Verantwortlichkeiten und einen strukturierten Umsetzungspfad** aber bleibt diese Vorlage ein gut gemeinter, inhaltlich aber substanzloser Appell, den wir so nicht beschließen können.

Wir befürworten Kunst und kulturelle Vielfalt – aber wir lehnen diesen Beschluss in der vorliegenden Form ab. Wenn wir Kulturpolitik gestalten wollen, dann müssen wir das mit konkreten Politikinstrumenten tun: mit klaren Zielen, mit Begleitstrukturen, mit angegebenen Ressourcen und mit nachvollziehbaren Wirkungszielen. Eine Prüfung ohne Rahmen erfüllt diese Kriterien nicht.

Deshalb: **Ablehnung der Beschlussvorlage BV/VIII/0260.**

Vielen Dank.